

Verbrauchsdaten der amtlichen Statistik: Forschungspotentiale zur Untersuchung des Wandels der Lebensführung in den neuen Bundesländern

Papastefanou, Georgios

Veröffentlichungsversion / Published Version
Arbeitspapier / working paper

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Papastefanou, G. (1996). *Verbrauchsdaten der amtlichen Statistik: Forschungspotentiale zur Untersuchung des Wandels der Lebensführung in den neuen Bundesländern*. (ZUMA-Arbeitsbericht, 1996/04). Mannheim: Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen -ZUMA-. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-200180>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

ZUMA-Arbeitsbericht 96/04

**Verbrauchsdaten der amtlichen Statistik -
Forschungspotentiale zur Untersuchung des
Wandels der Lebensführung in den
neuen Bundesländern**

Georgios Papastefanou

Mai 1996

ZUMA
Quadrat B2,1
Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim

Telefon: (0621) 1246-0
Telefax: (0621) 1246-100
E-mail: Name@zuma-mannheim.de

1. Einleitung

Die institutionelle Eingliederung der DDR als fünf neue Bundesländer in die Bundesrepublik ist mit dem Einigungsvertrag schnell vollzogen worden. Damit wurde ein Startpunkt für einen gesellschaftlichen Wandel im Gebiet der ehemaligen DDR gesetzt, dessen Verlauf und tiefgreifende Folgewirkungen man kaum abschätzen kann. Die empirische Sozialforschung hat sich sehr rasch um allgemein verfügbare Datengrundlagen für die Beobachtung dieses Wandels gekümmert. Insbesondere durch Erweiterungen von Allbus, Wohlfahrtssurvey und Sozio-ökonomischem Panel stehen der Profession Daten zur Verfügung, mit denen sozio-ökonomische und auch Einstellungsstrukturen der neuen Bundesbürger abgebildet werden können. Allerdings stehen wenig Daten über Einnahmen und Ausgaben als Ausdruck der Lebensführung zur Verfügung.

Mit der Wiedervereinigung hat sich ein Datenbestand ergeben, mit dem vergleichende Analysen der Entwicklungen der Lebensführung in den alten und den neuen Bundesländern vor und nach ihrer Vereinigung durchgeführt werden können. Mit den Erhebungsprogrammen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die in der Bundesrepublik in fünfjährigen Abständen seit 1962/63 durchgeführt wird - zuletzt 1993 -, und dem des Haushaltsbudgets, das in der DDR mit teilweiser Entsprechung zur EVS ebenfalls seit Anfang der 60er Jahre durchgeführt worden ist, stehen differenzierte Daten über Einnahmen und Ausgaben von Haushalten zur Verfügung. Zwar muß man leider vermuten, daß aus den Haushaltsbudgeterhebungen der DDR nur noch aus 1989 Einzeldaten bereitstehen. Es wurde jedoch im Einigungsvertrag festgehalten, daß dieses Erhebungsprogramm der amtlichen DDR-Statistik bis zur nächsten, beide Teile der BRD umfassenden Durchführung der EVS jährlich fortgeführt wird. Damit ergibt sich für die sozialwissenschaftliche Forschung ein einzigartiger Datenbestand, dessen Potential für Analysen der sozialen Ungleichheit in der Lebensführung im vorliegenden Papier beleuchtet werden soll.

Im folgenden will ich zunächst auf den Begriff "Lebensführung" in seinem Zusammenhang zu Verbrauchsaktivitäten eingehen. Daran anschließend beschreibe ich mit der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, der DDR-Einkommensstichprobe und den DDR-Haushalterhebungen Stichprobe und Fragenprogramm jener Datensätze der amtlichen Statistik, die für die Forschung zu Aspekten von Lebensführung wichtig sind. Um den Einblick in das einschlägige Forschungspotential dieser Daten zu vertiefen, diskutiere ich zum Schluß einige Aspekte des sozio-ökonomischen Strukturwandels und der sozio-kulturellen Herausforderung an die Lebensführung in den neuen Bundesländern.

2. Der Begriff „Lebensführung“

Wenn man Konstellationen von Lebenschancen/-gelegenheiten als soziale Lage bezeichnet, dann können demgegenüber mit "Lebensführung" ungleichheitsrelevante, unmittelbare Handlungen und Verhaltensweisen umschrieben werden (Bertram/Dannebeck 1990). Hierzu gehören einerseits biographische Entscheidungen, wie z. B. Heirat, Schwangerschaft, Berufswahl etc. Sie sind für die soziale Ungleichheit insofern wichtig, als mit ihnen Einschränkungen oder Erweiterungen von Lebenschancen verbunden sind. Andererseits gehören zur Lebensführung Handlungen der alltäglichen, allwöchentlichen oder alljährlichen Lebensgestaltung.

Auf die Relevanz der Lebensführung für die soziale Ungleichheit hat insbesondere die Wohlfahrtsforschung hingewiesen, die neben den Wohlfahrtsressourcen wie Geld, Eigentum

Wissen etc. auch Aspekte der faktischen Lebensführung, wie Freizeit- und Gesundheitsaktivitäten für die objektive Wohlfahrt als bedeutsam aufzeigt. In diesem Sinne wäre aus der Wohlfahrtsforschung die Fragestellung zu übernehmen, wie sich in und durch die alltägliche Lebensführung Privilegierung oder Deprivation von Haushalten bzw. Individuen ergeben bzw. in welchem Maße verschiedene Aspekte der Lebensführung sich gegenseitig kompensieren. Auf Aggregatebene führt dies zur Beobachtung von Problemgruppen bzw. von Gruppen mit nachhaltigen Wohlfahrtsdefiziten in der Lebensführung (Noll/Habich 1990).

Eine interessante Ergänzung zum Verständnis von Lebensführung ist aus den familiensoziologisch ausgerichteten Ausführungen von Kaufmann (1990) zu entnehmen. In der Sicht von Kaufmann (1990) kommt der alltäglichen Haushaltsführung deshalb große Bedeutung zu, weil davon gravierende Folgen für Sozialisation der Kinder, für die Be- bzw. Entlastung von erwerbstätigen Frauen, sowie für die Regeneration und damit für die Lebensqualität aller Familienmitglieder ausgehen. Es liegt nahe zu ergänzen, daß die alltägliche Haushaltsführung für die Regeneration auch in Haushalten ohne Kinder und auch in Einpersonenhaushalten von Bedeutung ist.

Kaufmann (1990) weist darauf hin, daß die Tätigkeiten die im Haushalt anfallen, wesentlich auf die Regeneration der Haushalts- bzw. Familienmitglieder, sowie den Aufbau und die Erneuerung der dazu notwendigen Infrastruktur gerichtet sind. Sie machen den familialen bzw. haushaltlichen Alltag und dessen Organisation in den alltäglichen Routinen aus. Dieser regenerative Haushaltsalltag verdient nach Kaufmann deshalb besondere Aufmerksamkeit, weil a) Kindererziehung und die emotionale Stabilisierung der Familienmitglieder und ihrer Beziehungen im konkreten Haushaltsalltag vollzogen und geformt werden, b) die Art und Qualität der Haushaltsführung die individuelle Leistungsfähigkeit beeinflusst, in dem Maße, wie psychische und physische Krankheiten durch die Haushaltsorganisation generiert werden und umgekehrt die Überwindung von Krankheiten durch die Organisation der Haushaltsführung begünstigt oder erschwert werden kann, c) die Haushaltsführung eng mit der Erwerbstätigkeit von Frauen verknüpft ist. In dem Maße wie Frauen im Arbeitsmarkt erwerbstätig werden, kann und wird ein Teil der Haushaltsaktivitäten ausgelagert werden. Bestimmte Aktivitäten der Haushaltsführung werden durch spezifische Marktgüter wie Fertigessen, Spülmaschinen und durch Dienstleistungen, wie z.B. Putzen, Wäschereien, Kantinenessen, etc. ersetzt. Sie sind zugleich Folge wie auch eine Voraussetzung der Erwerbstätigkeit von Frauen. Durch die Auslagerung von Aktivitäten der Haushaltsführung schwindet die familiäre Alltäglichkeit und damit auch ein Bindungselement in der Familie (Kaufmann 1990).

Kaufmann (1990) weist außerdem daraufhin, daß die Art der alltäglichen Haushaltsführung besonders wirksam ist, wenn die Kinder in der Vor- bzw. in der Grundschule sind. Da die Kinder in diesen Entwicklungsphasen durch Vorbildlernen besonders empfänglich sind, sind dies die Phasen des Familienzyklus, in denen Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit von Solidarität bei egalitärer Arbeitsteilung geformt werden. Zu ergänzen wäre, daß in diesen Entwicklungsphasen Familien besonders stark auf den eigenen Haushalt bezogen sind.

3. Daten der amtlichen Statistik zur Analyse der Lebensführung in den alten und neuen Bundesländern

Vor diesem Hintergrund bieten drei Erhebungsprogramme der amtlichen Statistik ein spezifisches Potential zur innerdeutsch vergleichenden Untersuchung der Lebensführung und ihrer sozialen Differenzierung. Es handelt sich hierbei um die Einkommens- und

Verbrauchsstichprobe, die seit 1962 in der Bundesrepublik durchgeführt wird, sowie um die Haushaltsbudgeterhebung und Einkommensstichprobe der DDR (siehe Hartig 1990 für eine umfassendere Beschreibung der Sozialstatistik der DDR). Letzere Erhebungsprogramme wurden mit der Auflösung des DDR-Staates eingestellt. Das Kern-Erhebungsprogramm der Haushaltsbudgeterhebung läuft jedoch befristet und beschränkt auf die neuen Länder bis zum Jahr 1992 weiter. Es wird 1993 abgelöst durch die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, die dann auch die neuen Bundesländer einschließt. Im einzelnen haben diese Erhebungsprogramme folgende Eigenschaften.

3.1 Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in der Bundesrepublik

Mit den vom Statistischen Bundesamt durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) sollen sämtliche Einnahmen und Ausgaben von privaten Haushalten in der Bundesrepublik Deutschland erfaßt werden. Bisher wurde die EVS in den Jahren 1962/63, 1969, 1973, 1978, 1983 sowie 1988 und 1993 durchgeführt. Das Erhebungsverfahren gliedert sich in Grundinterview, Schlußinterview, laufende Monatsanschreibungen und Feinanschreibungen. Zum Grundinterview werden Angaben über den Haushalt und die Haushaltsmitglieder, über die Ausstattung des Haushalts mit ausgewählten langlebigen Gebrauchsgütern und allgemeine Angaben über Wohnverhältnisse u.a. erfaßt. In den laufenden Monatsanschreibungen werden alle Einkommen und Einnahmen sowie ausgewählte Positionen des privaten Verbrauchs, der geleisteten Übertragungen und der Ersparnisbildung erfaßt. Die nicht in den laufenden Monatsanschreibungen erfaßten Gütergruppen, insbesondere Nahrungs- und Genußmittel, sowie detaillierte Anschreibungen werden in der Feinanschreibung erfaßt. Dabei wird die Feinanschreibung im Rotationsverfahren vorgenommen, so daß in jedem Monat ein Zwölftel der erfaßten Haushalte genaue Anschreibungen vornimmt. Im Schlußinterview am Jahresende werden Vermögensbestände und Schulden erfaßt.

Darstellungs-, Auswahl- und Erhebungseinheit der EVS ist der Haushalt. Dabei wird vom Statistischen Bundesamt der private Haushalt als Darstellungseinheit definiert als "... eine Gruppe von Verwandten oder persönlich verbundenen Personen ..., die über ein oder mehrere Einkommen bzw. Einkommensteile gemeinsam verfügen und die voll oder nur auf einzelnen Bedarfsgebieten im Rahmen einer gemeinsamen Hauswirtschaft versorgt werden". Auch Personen, die allein leben und wirtschaften gelten als Haushalt. Zum Haushalt gehören auch Personen, die vorübergehend abwesend sind, falls sie vom Haushalt versorgt werden. Nicht zum Haushalt gehören dagegen Untermieter, Kostgänger, Haus- und Betriebspersonal.

Auswahl- und Erhebungseinheit der EVS ist zwar der Haushalt, allerdings nicht entsprechend der obigen Definition, sondern nach den für den Mikrozensus geltenden Richtlinien, da die Auswahl der Haushalte auf der Grundlage des Mikrozensus erfolgt. Beim Mikrozensus wird nicht von dem Begriff der wirtschaftlichen Gemeinschaft, sondern von dem der Wohngemeinschaft ausgegangen.

Der Stichprobenumfang der EVS ist gesetzlich auf max. 0,3 % aller privaten Haushalte festgelegt, dies waren z. B. 1978 ca. 60.000 Haushalte. Die EVS ist allerdings keine Zufallsstichprobe, sondern wird im sog. Quotenverfahren erhoben. Das schichtenspezifische Erhebungssoll, das den Ausgangspunkt für die Werbung der Haushalte bildet, wurde dabei anhand des Mikrozensus ermittelt. Es zeigt, wieviele Haushalte bestimmter sozialer Gruppen und Einkommensgrößenklassen in die Stichprobe einzubeziehen sind, um eine repräsentative Abbildung der Bevölkerung sicherzustellen.

Nicht in die Stichprobe einbezogen waren Haushalte mit einem Monatseinkommen von mehr als 25.000 DM, Haushalte von Ausländern und die sogenannte "Anstaltsbevölkerung". 1993 sollen erstmals auch Haushalte mit ausländischen Bezugspersonen in die Stichprobe aufgenommen werden.

3.2 Die Einkommensstichprobe in der DDR

Einkommensstichproben fanden in der DDR seit 1959 in der Regel alle 2 - 3 Jahre statt. Die letzte Erhebung war im September 1988. Die Einkommensstichproben waren die hauptsächliche Datenquelle der amtlichen Statistik in der ehemaligen DDR zur Gewinnung von Einkommensdaten für private Haushalte.

Mit den Einkommensstichproben wurde das Ziel verfolgt, Informationen über das Einkommensniveau, die Einkommensbestandteile und die Einkommensentwicklung in privaten Haushalten von Arbeitern und Angestellten, differenziert nach verschiedenen sozialen Kriterien (z. B. Haushaltsgröße, soziale Stellung der Haushaltsmitglieder, Familienstand, Kinderzahl, Berufstätigkeit, Grad der Beschäftigung, Schichtarbeit, Ausbildungsstand) zu gewinnen. Hinzu kam die Gewinnung von Daten über den Ausstattungsbestand mit langlebigen Gebrauchsgütern sowie zum Besitz bzw. der Nutzung von Garten bzw. Wochenendgrundstück.

Beobachtungseinheiten waren private Ein- und Mehrpersonenhaushalte der Bevölkerungsgruppe der Arbeiter und Angestellten. Die Einkommensstichprobe umfaßt ca. 30.000 Haushalte. Haushalte mit Angehörigen in den bewaffneten Organen (NVA, MdV, MfS) oder hauptamtlich in Parteien und Massenorganisationen beschäftigt, wurden systematisch ausgeschlossen. Ausnahme: Grundwehrdienst.

Zu einem Haushalt werden alle Personen gezählt, die zusammen wohnen und gemeinsam wirtschaften.

Die Erfüllung des Befragungssolls betrug bei der Einkommensstichprobe 1988 rd. 95 %. Durch Ausfälle eingetretene Verzerrungen gegenüber den Sollvorgaben in einzelnen Schichten wurden vor Gewinnung von Ergebnissen für den Mehrpersonenhaushalt bzw. für die Ein- und Mehrpersonenhaushalte durch ein Dopplungsverfahren ausgeglichen.

3.3 Die Haushaltsbudgeterhebung in der DDR

a) Kernprogramm

Die Statistik des Haushaltsbudgets wurde seit 1960 durchgeführt. Das methodische Konzept der Erhebung ist mehrfach verändert worden. Die letzte größere methodische Veränderung erfolgte im Jahre 1975 durch die Überarbeitung der zugrundegelegten Nomenklatur über die Einnahme- und Ausgabepositionen.

In der Haushaltsbudgeterhebung wurden demographische und andere Merkmale zur Charakterisierung des Haushaltes, alle Arten von Geldeinnahmen der Haushaltsmitglieder im laufenden Monat als haushaltsbezogene Information (einschließlich aller gesetzlichen Abzüge) sowie sämtliche Geldausgaben der Haushaltsmitglieder erfaßt. Am Ende jeden Monats war ein Budget zu erstellen und eine rechnerische Abstimmung der Geldeinnahmen und der Geldausgaben des Haushaltes vorzunehmen (siehe Haushaltsbuch Seite 23).

Die Erhebung war beschränkt auf private Ein- und Mehrpersonenhaushalte der Bevölkerungsgruppen der Arbeiter und Angestellten, der Mitglieder landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften (LPG-Mitglieder) sowie der Rentner. Die teilnehmenden Haushalte wurden an ihrem Wohnsitz in die Erhebung einbezogen. Die Zuordnung zu den o.g. sozialen Gruppen erfolgte anhand des Haupteinkommensbeziehers, d. h. des Haushaltsmitgliedes, das überwiegend zum Lebensunterhalt des Haushaltes beiträgt. Zur ausgeübten Tätigkeit siehe Drucksache E6 zur Einkommensstichprobe.

In die Gruppe der Arbeiter und Angestellten wurden in der Regel keine Haushalte einbezogen, deren Haupteinkommensbezieher Angehöriger der bewaffneten Organe (NVA, MdJ, MfS) oder hauptamtlich Beschäftigter in Parteien und Massenorganisationen, d.h. des sogenannten x-Bereichs war. Es ist anzunehmen, daß dadurch das ermittelte Budget für die Durchschnittshaushalte der Arbeiter und Angestellten in der Tendenz zu niedrig ausgewiesen ist.

Bis zum Juni 1990 nahmen ca. 3800 Haushalte an der Erhebung teil. Davon waren ca. 2600 Haushalte von Arbeitern und Angestellten, ca. 800 Haushalte von Genossenschaftsbauern und ca. 400 Rentnerhaushalte.

Etwa 3400 Haushalte beteiligten sich über ein ganzes Jahr (Jahresstichprobe) und etwa 400 Haushalte waren in eine Rotationsstichprobe einbezogen. Letztere verblieben 3 Monate in der Stichprobe und wurden dann ausgewechselt.

Die Stichprobe des Haushaltsbudgets war als geschichtete Quotenstichprobe angelegt. Der Auswahlplan sah eine proportionale Aufgliederung der Haushalte nach den 15 Bezirken vor. Als Schichtungskriterien wurden die soziale Gruppe des Haupteinkommensbeziehers, die Haushaltsgröße sowie die Einkommenshöhe (Gruppierung nach dem Einkommen aus Berufstätigkeit) herangezogen. Die ermittelten Quoten wurden für jedes Jahr unter Berücksichtigung von Erkenntnissen aus der Bevölkerungsfortschreibung, der Einkommensstichproben bei den Arbeitern und Angestellten, der Lohnstatistik sowie der Landwirtschaftsstatistik präzisiert und jeweils im Monat Juli für das nächstfolgende Jahr als Sollvorgaben für die Bezirksämter (Bezirkszählbüros) vorgegeben.

Als Erhebungsunterlage diente ein Haushaltsbuch, welches vom Haushalt einen Monat lang zu führen war. Verzerrungen innerhalb der sozialen Gruppen durch Ausfälle gegenüber den Quotenvorgaben wurden durch ein Dopplungsverfahren ausgeglichen.

b) Sondererhebungen

Im Rahmen der Statistik des Haushaltsbudgets fanden in fünfjährigem Abstand gesonderte Erhebungen über die mengenmäßigen Lebensmittelkäufe sowie über eingetretene Nahrungsmittelverluste durch Verderb, Wegwerfen bzw. Verfütterung an Tiere statt. Derartige Befragungen wurden in den Jahren 1979, 1984 und 1989 durchgeführt.

Die Sondererhebungen dienten dem Ziel, die aus der Statistik des Haushaltsbudgets gewonnene Datenbasis mit wertmäßigen Angaben über die Geldausgaben privater Haushalte zu ergänzen um Mengenangaben über die gekauften Lebensmittel.

An der Sondererhebung 1989 beteiligten sich 2150 Haushalte von Arbeitern und Angestellten, ca. 730 Haushalte von LPG-Mitgliedern und ca. 390 Haushalte von Rentnern ohne Arbeitseinkommen. Damit betrug die Beteiligung im Verhältnis zur Anzahl der an der

Statistik des Haushaltsbudgets beteiligten Haushalte bei den Arbeitern und Angestellten 83 % bei den LPG-Mitgliedern 91 % und bei den Rentnern 94 %.

Als Erhebungszeitpunkt der Sondererhebung waren die Monate April und August festgelegt, d.h. die Erhebung erstreckte sich nicht über ein ganzes Jahr. In den restlichen 10 Monaten führten die Haushalte das standardmäßige Haushaltsbuch. Diese Festlegung ist bei der Analyse der gewonnenen Ergebnisse in Rechnung zu stellen. Sie schränkt den Zeitvergleich zum mengenmäßigen Verbrauch ein, da sich bestimmte Saisoneinflüsse ergeben können (z. B. Ostern 1979 und 1984 im April, 1989 im März). Die Angaben über die durchschnittlich gezahlten Kaufbeträge je Mengeneinheit sind davon weniger berührt.

Die Zusatzerhebung wurde ergänzt durch die Erfassung der für die Tierfütterung in der persönlichen Wirtschaft, Kleingarten und Kleintierhaltung erzeugten Lebensmitteln.

Im Rahmen der Organisation der Statistik des Haushaltsbudgets fanden von Zeit zu Zeit weitere Sondererhebungen statt. Dazu gehörte beispielsweise eine Erhebung 1988 über die Inanspruchnahme ausgewählter Dienstleistungen und Reparaturen in Dienstleistungseinrichtungen. Die umfassendste Sondererhebung dieser Art war eine Befragung zur Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen über das gesamte Jahr 1988.

Hintergrund waren die hohen Subventionen des Staates bei der Gewährung von Leistungen des Gesundheitswesens, des Sozialwesens, des Bildungswesens, der Kultur usw. Der Versuch, derartige Daten zu berechnen, wurde eingestellt bzw. nicht mehr begonnen.

Beobachtungseinheiten waren alle in privaten Haushalten von Arbeitern und Angestellten lebende Personen.

Die Teilnahme an der Erhebung war freiwillig. An der Sondererhebung 1988 beteiligten sich ca. 9.100 Personen.

Die Erhebungsmerkmale bestanden neben den demographischen und allgemeinen Angaben zum Haushalt und den einzelnen Personen aus weiteren 4 Komplexen. Das waren die gesundheitliche Betreuung, Kultur und Sport, Urlaub und Erholung sowie Gemeinschaftsverpflegung.

3.4 Die Haushaltsbudgeterhebungen der DDR in den neuen Bundesländern

Nach dem Beitritt des DDR-Gebietes zur Bundesrepublik bestand zwar keine grundsätzliche Notwendigkeit zur Fortführung DDR-spezifischer Statistiken, da die entsprechende Thematik von der EVS der Bundesrepublik abgedeckt war. Da die nächste EVS jedoch erst für 1993 geplant war, wurde entschieden, im Gebiet der neuen Länder die spezifische Haushaltserhebung bis 1993 fortzuführen. Allerdings mit einer Änderung:

Die Zahl der einbezogenen Haushalte wurde ab Juli 1990 auf annähernd 5000 erhöht. Die Ausdehnung der Haushaltszahl erfolgte dabei ganz gezielt bei den Haushaltstypen

- Arbeiter- und Angestelltenhaushalte, 2 Erwachsene, 2 Kinder mit unteren, mittleren und höheren Einkommen,
- Arbeitslosenhaushalte (Haupteinkommensbezieher arbeitslos), 2 Erwachsene, 2 Kinder
- Alleinerziehende mit 1 bzw. 2 Kindern,

- Ein- und Zweipersonen-Rentnerhaushalte sowie
- Haushalte von LPG-Mitgliedern , 2 Erwachsene, 2 Kinder

Im übrigen wurde das Erhebungsprogramm beibehalten.

3.5 Synopse: Vergleichbare Variablen von EVS und Haushaltsbudgeterhebungen

In der Übersicht 1 sind alle Merkmale, die von den oben beschriebenen Erhebungen erfaßt wurden, tabellarisch dargestellt. Es ist ersichtlich, daß eine stringente Vergleichsanalyse der beiden Gebiete der Bundesrepublik über die Zeit 1989 bis 1992 von kleinsten gemeinsamen Variablennennern bestimmt wird. In diesem Fall ist es der Merkmalskatalog des Haushaltsbudgets 1989, der den inhaltlichen Rahmen der vergleichenden Analysen über die Zeit bestimmt. Beschränkt auf Einkommensaspekte der Haushalte bietet die Einkommensstichprobe 1988 zwar mehr Analysemöglichkeiten, auch und gerade durch ihre große Fallzahl. Allerdings sind Entwicklungsgesichtspunkte erst mit der EVS-Erhebung 1993 möglich. Einzeldaten dieser Erhebung werden aus Gründen der Aufbereitung voraussichtlich 1996 verfügbar sein.

Für die wissenschaftliche Analyse dieser Daten ist es möglich, das Statistische Bundesamt mit Sonderauswertungen zu beauftragen. Interessanter ist es für die Sozialwissenschaften jedoch, anonymisierte Einzeldaten vom Statistischen Bundesamt zu erwerben, um sie mit eigenen Methoden und Ansätzen für Forschungsaufgaben zu nutzen. Aufgrund der Ergebnisse des Anonymisierungsprojektes, das ZUMA gemeinsam mit der Universität Mannheim und dem Statistischen Bundesamt durchgeführt hat (Müller, Blien, Knoche, Wirth 1991), ist ein Erwerb dieser Mikrodaten nunmehr ohne prohibitive Auflagen möglich. ZUMA selbst besitzt einen Teildatensatz der EVS 1983, um Forschungen im Bereich „Konsumstile“ durchzuführen.

Insgesamt stehen mit EVS und Haushaltsbudget folgende Einzeldimensionen für zeitlich-regionale Vergleichsanalysen der östlichen und westlichen Bundesländer zur Verfügung.

Einzeldimensionen der Lebensführung:

- Ausstattung des Haushalts mit Gebrauchsgütern
- Vermögen (in Geld und Immobilien etc.)
- verfügbares Geld
- Geldquellen insbesondere - staatl. Transfers
- Kredite
- Verkäufe
- Selbstversorgung
- Prämien
- von Dritten Privaten
- Zinsen
- Auskommen mit dem Einkommen (rechnerisch)
- Konsum - Genußmittel
- außerhäusl. Verpflegung
- Nahrungsmittel
- Dienste, kulturelle soziale Leistungen
- Reparaturen
- Reisen

(detaillierte Klassifikationen; Umsteigeschlüssel zwischen EVS und Haushaltsbudget ist vorhanden)

- Geld Aus-/Abgaben (nicht f. Konsum) - Haushalt als Geldgeber - Unterhaltszahlungen
- Sparleistungen
- Abzüge

Die Möglichkeiten zur sozialen Differenzierung von Vermögen, Ausstattung, Einkommen und Konsum der Haushalte im zeitlich-regionalen Vergleich beruhen auf folgenden Merkmalen: Haushaltsform: Ehepaar ohne Kinder

Ehepaar mit Kinder
Zahl der Kinder
Verwitwete
Ein-Verdiener-Haushalt
Single-Haushalt
Alleinerziehende
Nicht-eheliche Lebensgemeinschaft
Zwei-Verdiener-Haushalt

Familienzyklus: junge Ehe ohne Kinder
 junge Ehe mit Kinder

- Heiratsjahr
- Alter der Kinder
- Lebensalter des Partners
- Berufstätigkeit der Frau

Berufliche Stellung

Bezirk (nur für die Haushaltserhebungen)

Gemeindegröße

Lebensalter der Bezugsperson

Ziel der obigen Ausführungen war es aufzuzeigen, welches konkrete Potential die einkommens- und verbrauchsbezogenen Datenerhebungsprogramme der amtlichen Statistik bergen. Gerade vor dem Hintergrund einer intensiven Diskussion über rational-choice-Modelle einerseits und einer Vernachlässigung von soziologischen Analysen des Konsumentenverhaltens andererseits stellen diese Daten eine hervorragende Grundlage für empirische Analysen dar. Im folgenden will ich exemplarisch einige Forschungsfragen und Hypothesen diskutieren, die mit den Verbraucherdaten der amtlichen Statistik untersucht werden konnten.

4. Forschungsfragen zum Wandel der Lebensführung in den neuen Bundesländern

Vergleichende Analysen der Lebensführung in den neuen und alten Bundesländer können unter zwei verschiedenen Perspektiven durchgeführt werden. Einerseits in einer Perspektive von Adaptation bzw. Konvergenz und andererseits in einer Perspektive der Transformation.

Bei der Konvergenz- bzw. Adaptionsbetrachtung, steht die Frage im Vordergrund, wann und ob die Einführung gleicher institutioneller Randbedingungen in den neuen Bundesländern zu einer Gleichheit der Lebensverhältnisse führt. Hierzu müßte expliziert werden, welche Verhaltens- bzw. Handlungsfolgen die institutionelle Eingliederung hat.

In der Transformationsperspektive stehen Veränderungen im Vordergrund, die sich im Vergleich zu den vor der Wende ablaufenden Entwicklungen nach der Eingliederung in beiden Teilen der Bundesrepublik vollziehen. Zwar sind auch in dieser Perspektive die Handlungsfolgen der institutionellen Vereinigung zu klären, es kommt hier jedoch auf die Modifikation laufender Prozesse an. Während man bei der Adaptionsbetrachtung in erster Linie berücksichtigen muß, welche Handlungsfolgen bestimmte Rahmenveränderungen haben, wird man bei der Transformationsperspektive zusätzlich wissen müssen, welche längerfristigen Entwicklungsprozesse im westlichen und östlichen Teil Deutschlands ablaufen.

4.1 Sozio-ökonomischer Strukturwandel in den neuen Bundesländern

Die Eingliederung des DDR-Staates in die Bundesrepublik hat für die Bevölkerung der neuen Bundesländer in mehreren sozio-ökonomischen Randbedingungen ihrer Lebensgestaltung gravierende Wechsel eingebracht (Noll 1990). Erstens ist die sozio-ökonomische Lage der Bevölkerung schlechter geworden, weil im Rahmen der wirtschaftlichen Umstrukturierung ein beträchtlicher Personalabbau vollzogen wird. Dieser betrifft ältere Arbeitnehmer, die weitgehend Vorruhestand- bzw. Altersübergangsgeldregelungen nutzen konnten. Es steht jedoch zu erwarten, daß das Kriterium "Alter" weiter gefaßt wird, und auch Personen trifft, die keine Möglichkeit von Altersübergangsregelungen machen können. Belwe (1991) vermutet, daß das "kritische Alter" bei 45 Jahren liegen dürfte. Zweitens, bestand in der DDR ein hoher Beschäftigungsgrad der Frauen. Da hohe Freisetzen in solchen Branchen notwendig wurden, die wie z.B. die Textilindustrie auch in der DDR frauendominiert waren, entsteht in den neuen Länder eine hoher Anteil an Frauenarbeitslosigkeit. In dem Maße wie in der Übergangszeit in den neuen Ländern ein großes Angebot an Arbeitskräften bei gleichzeitiger Nachfrage nach qualifizierten Arbeitskräften herrscht, gelten Frauen mit Kindern, Alleinerziehende und Frauen im höheren Alter als schwer vermittelbar, zumal Kinderbetreuungseinrichtungen abgebaut werden.

In dem Ausmaß, in dem die meisten Betriebe in den neuen Ländern umorganisiert oder teilweise aufgelöst werden und in den überwiegenden Fällen ihren Personalbestand abbauen, sind Jugendliche, die derzeit in das duale Bildungssystem bzw. in den Arbeitsmarkt eintreten wollen, überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen. Die wirtschaftliche Umstrukturierung ist insgesamt für einen Teil der Bevölkerung mit gravierender Wohlstandsminderung verbunden. Dies gilt insbesondere für die Arbeitslosen, die Kurzarbeiter, Bezieher von "Wartegeld" und Vorruhestands- bzw. Altersübergangsgeld, Rentner und die vielfach teilzeitbeschäftigten Alleinerziehenden, die durch niedrige Arbeitseinkommen und Wegfall von Sozialleistungen und gesicherte Kinderbetreuung verstärkt auf Sozialhilfe angewiesen sind. Ob tatsächlich 1992 "zwei Drittel aller in den neuen Bundesländern lebenden Menschen von Sozialleistungen und privaten Unterhaltszahlungen werden leben mußten", wie das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut des DGB (zitiert nach Belwe 1991) schätzt, bleibt noch offen.

Durch die Integration sind viele spezifische Qualifikationen entwertet und andere neu erworben worden. Außerdem ermöglicht die Reorganisation der DDR-Wirtschaft einen zusätzlichen Modernisierungsschub und macht damit vermehrte Weiterbildungsaktivitäten der Erwerbstätigen erforderlich. Insgesamt kann man einen Druck zur Bildungsmobilität erwarten, mit dem die Bevölkerung neu konfrontiert ist. Und zwar ganz im Gegensatz zu der Zeit in der DDR, in der starre tarifrechtliche Gegebenheiten und ein hoher Arbeitskräftemangel eher eine geringe Mobilität unterstützten.

Trotz der Betonung der strukturellen Veränderungen sollte festgehalten werden, daß mit der Eingliederung des DDR-Staates auch spezifische Strukturen weiterwirken. Die Einkommensunterschiede zwischen den Branchen sind nach wie vor gegeben, ebenso wie die zwischen den einzelnen Regionen sehr ungleiche Verteilung von Lebenschancen und die geschlechtersegregierte Berufstätigkeit. Es stellt sich die Frage, wieweit Muster der westlichen Lebensführung übernommen worden sind.

4.2 Sozio-kulturelle Herausforderung an die Lebensführung in den neuen Bundesländern

Die von EVS und der Haushaltsbudgetstatistik erhobenen einzigartig detaillierten Daten über Verbrauchsgewohnheiten der Haushalte ermöglichen es, mit Rückgriff auf die Individualisierungsdiskussion wichtige Veränderungen der alltäglichen Verbrauchsgewohnheiten in den neuen Bundesländern empirisch zu erfassen.

Die zentrale Aussage der These wachsender Individualisierung besagt, daß die Lebensführung als Ensemble biographischer und alltäglicher Entscheidungen weniger von der sozialen Lage und ihres korrespondierenden Milieus geprägt wird, sondern zunehmend eigenständig und dominant von Werten der Selbstverwirklichung (Zapf u.a. 1987) und dies zur Auffächerung der Lebensmuster bzw. zur Neubildung von Lebensstilen geführt hat. Diese Pluralisierung der Lebensstile durch Individualisierung der Lebensorganisation wird verstärkt bzw. bedingt durch die Erweiterung von Handlungsoptionen, insbesondere im Bereich von Familie, Partnerschaft, Lebenszeit und Konsum (Beck 1986). Das Spektrum an Alternativen, sein Leben zu leben, hat sich - durch gestiegenen Wohlstand, durch vermehrte Bildung, durch Liberalisierung gesellschaftlicher Erwartungen an die Lebensform, durch massenmediale Verbreitung von Lebensformen, durch sozialstaatliche Sicherung vor Existenzbedrohungen, durch gestiegene Lebensstandards, durch vermehrte, von Beruf und Familie nicht vordefinierter Lebenszeit - erweitert, traditionelle Handlungsorientierungen disfunktional und neue Orientierungen notwendig gemacht.

Der charakteristische Wandel von Wertorientierungen wie Fleiß, Disziplin und Ordnung zu Werten der Selbstverwirklichung, kann als rationale Anpassung an objektiv veränderte Lebensumstände und Handlungsoptionen verstanden werden. Im dem Maße wie sich die Alternativen vervielfältigen und miteinander konkurrieren, kann man von einem "objektiven Zwang zur Selbstbestimmung" (Lübbe 1990) sprechen. Der Einzelne der sich großen Dispositionsfreiräumen gegenüber sieht, muß selbst sein Tun zu einem sinnvollem Leben organisieren. Die Individuen sind entweder allein oder im Familienverband mit dieser Entwicklung konfrontiert. Individualisierung bedeutet daher, sich einer modernen Lebensführung anzupassen bzw. sich diese anzueignen. Dies kann gelingen, wenn die neue Freiheit in neue, dann vielfältige Bindungen an sinnstiftende Aktivitäten wie Beteiligungen an Stadtteilaktivitäten, Ehrenämtern in Kirchen und Partei, Bürgerinitiativen, Kleingartenkulturen und anderen Hobbys übersetzt wird. Wenn sie nicht bewältigt wird, ist dies eine Quelle von gesellschaftlichen Problemfeldern wie Alkoholismus, Drogenkonsum, steigenden Scheidungsraten, desorganisierten Familien, passivem Medienkonsum,

Vereinsamung und kommunikativer Inkompetenz. Entscheidend für die Bewältigung ist die Entwicklung der Fähigkeit zur Selbstorganisation, d.h. zur Entwicklung individueller Wertorientierungen, um die täglich und in der Biographie vielfältig erforderlichen Handlungsentscheidungen sinnhaft auszuwählen und einzuordnen. In der Folge dieses Entstehungszusammenhangs werden die erreichten Kulturniveaus immer ungleicher und die Kompetenzungleichheiten driften immer stärker auseinander. Zumal normativ die Lebensgestaltung dem einzelnen überlassen ist und der Einzelne die Verantwortung für soziale Probleme und Risiken dem Einzelnen zuschreibt (Hörning/Michailow, 1990) .

In dieser Perspektive wird man als Gruppe der sozial Schwachen und Benachteiligten jene Bevölkerungsteile besonders aufmerksam betrachten müssen, die "objektiv, wegen ihrer subjektiven Prädisposition nicht in der Lage sind, die wie nie zuvor reichen Möglichkeiten unseres gegenwärtigen kulturellen Lebens selbstbestimmt und produktiv zu nutzen" (Lübbe 1990). Man kann erwarten, daß bei ihnen eher ungefestigtere und krisengefährdetere Identitätsformen vorherrschen, mit einer Grunddisposition für kurzfristige Stereotype, besonderer Empfänglichkeit für externe Sinnvorgaben und Leitbilder (Hörning/Michailow 1990). Dabei gilt es zu berücksichtigen, daß es in den jüngeren Bevölkerungsteilen, bei den im öffentlichen Dienst und in Dienstleistungsberufen Beschäftigten, bei Höhergebildeten eine besonders große Aufgeschlossenheit - und damit auch ein größeres Risiko des Scheiterns gibt. Demgegenüber haben sich bislang traditionelle Industriearbeiter, Selbständige, mittelständische Unternehmer und Landwirte eher als resistent gegen den Wertewandel erwiesen.

Für die empirische Analyse der individualisierten Organisation der Lebensführung sind Daten über Konsumgewohnheiten bislang wenig genutzt worden. Als ein dominanter Faktor der alltäglichen Lebensführung erscheinen sie jedoch vielversprechend. Konsum war bei der historischen Entfaltung der Industriegesellschaft ein zentraler Faktor der sozialen Integration. Durch die wachsenden Möglichkeiten zum Konsum und damit der psychologischen Gratifikation wurde die zunehmende Fragmentation der Arbeit kompensiert, die persönliche Lebensgestaltung verstärkt an die spezifischen Notwendigkeiten des Produktionsverlaufs angepaßt und für die erhöhte Produktivität Massenmärkte erschlossen. Konsumententscheidungen sind für soziale Ungleichheit relevant, da aus den Verbrauchsgewohnheiten Randbedingungen für Haushaltsbildung und Haushaltsauflösung, für Migration, für spezielle Formen von Kriminalität, für Gesundheit und Gesundheitsdiensten entstehen.

Konsum ist direkt mit der Formulierung und Aufrechterhaltung von sozialer Identität verbunden. In Konsumstilen werden Strukturprinzipien der Lebensführung sichtbar, in dem Maße wie Kaufaktivitäten in ein konsistentes, routinisiertes Muster der Lebens- und Alltagsorganisation eingebettet sind. In der Art und Weise des alltäglichen Güterkonsums ergibt sich für das Individuum ein Spiegelbild seiner Individualität, das ihm anzeigt, zu welcher Gruppe es gehört und von welcher Gruppe bzw. welchem Sinnzusammenhang es sich abhebt. Das Ausmaß der Organisiertheit von Konsumaktivitäten ist selbst ein wichtiger Aspekt von Identität und sozialer Ungleichheit. Individuen für die sich der Sinnzusammenhang ihrer Lebensführung aufgelöst hat bzw. nicht hergestellt werden konnte, reagieren mit unterschiedlichen Symptomen auf diese "Sinnlosigkeit" ihres Lebens. Sie stehen unter einem Leidensdruck, der durch Langeweile, Sinnlosigkeit und Kontrollverlust gespeist wird und der sich auch in ihren Verbrauchsgewohnheiten niederschlägt.

Aufgrund dieses Wirkungszusammenhangs kann man typische Konsumstile in den industriellen Gesellschaften, wie sie z. B. Sobel (1981) empirisch entwickelt hat,

unterscheiden. Er trennt vier Konsumstile, und zwar "visible success", "maintenance", "high life" und "home life". Der visible success-Konsum ist prestigeorientiert und umfaßt Ausgaben für Haushaltsdekoration, für Kleidung, Mitgliedschaft in Vereinen, für Urlaub usw., mit denen der angezielte oder erworbene Status demonstriert werden soll. Dazu gehören im weiteren Sinne auch soziale Identitäten, die an Selbstverwirklichungszielen orientiert sind. Unter maintenance-Konsum faßt Sobel Ausgaben zusammen, die dem Haushalt zur Aufrechterhaltung des täglichen Lebens dienen, dazu gehören etwa Ausgaben für Stoffe, Kleider, Möbel, Nahrung oder Lesen. Diesen Verbrauchsentscheidungen stehen Ausgaben für Unterhaltung gegenüber, die eher auf high-life- oder auf home-life-Konsum gerichtet sind. Unter high-life-Konsum fallen die Unterhaltungsausgaben, die sich auf nicht-familiale, auf Erlebnis orientierte Ausgaben beziehen. Unter home-life-Konsum werden die auf Familie und Haushalt bezogenen Ausgaben zusammengefaßt. Zwar geht Sobel (1981) davon aus, daß es sich hierbei um Universalien der Verbrauchstypisierung handelt. Er vermutet jedoch, daß es in der modernen Gesellschaft eine Entwicklung gegeben hat, in der sukzessiv maintenance-Konsum, visible success-Konsum und home-life-Konsum dominierten und gegenwärtig der high-life-Konsum vorherrschend ist. Konsumententscheidungen, wie sie für die Haushaltsführung und -ausstattung immer wieder anstehen, werden dabei angesichts eines permanenten Anreizes durch die Werbeindustrie und steigender Bedürfnissättigung mehr und mehr zur Geschmacksentscheidung. Es wird für den einzelnen rational werden, an alles die Frage zu stellen: was gefällt mir? Schulze (1990) sieht dies als eine Entwicklung, die zur breiten Diffusion von Erlebnisorientierung des Verbrauchs geführt hat. In einer Welt des Überflusses, einer Welt mit wenig existentiellen Notwendigkeiten, ist der Konsum stärker am Erlebnis, als am Gebrauchswert der Güter ausgerichtet.

Eine verwandte für den konsumbezogenen Vergleich der Lebensführung in den alten und den neuen Bundesländern wichtige ökonomische Unterscheidung ist die zwischen Luxus- versus notwendigen Gütern, bzw. höherwertigen versus minderwertigen Gütern. Als Luxusgüter werden dabei jene Güter klassifiziert, für die mehr Geld ausgegeben wird, als dem Haushalt zusätzliches Einkommen zur Verfügung steht. Statistisch heißt dies, daß der Einkommenseffekt auf den Kaufwert bei diesen Gütern größer eins ist. Analog werden als notwendige Güter jene bezeichnet, für deren Verbrauch weniger als die Einkommenssteigerung verwendet wird. Um höherwertigen Konsum handelt es sich dann, wenn zum Einkommenszuwachs proportional konsumiert wird, dagegen wird für minderwertige Güter, bei zusätzlichem Einkommen, für bestimmte Produkte weniger als vorher ausgegeben. Wenn auch die operationale Umsetzung kritisch diskutiert werden muß, so erlauben diese Konsumtypen einen direkten Bezug zur Lebensführung der Menschen in den neuen Bundesländern.

Die Konsummöglichkeiten in der ehemaligen DDR waren zumindest ein wichtiger Faktor für die Unzufriedenheit mit dem System und Grundlage seines Umsturzes. Die Bevölkerung des ehemaligen DDR-Staates ist nun mit der Ordnungsvorgabe konfrontiert, daß materielle u.a. Güter mehr oder minder naturwüchsig, durch sich entwickelnde gesellschaftliche und individuelle Kräfte verteilt und nicht mehr zentral durch staatliche Instanzen gesteuert und verordnet werden.

Dies bedeutet für die neuen Bundesbürger einerseits, daß sie frei an einem Konsumgütermarkt mit vielfältigem Angebot teilnehmen können. Ihren Erfahrungen einer permanenten Knappheit an hochwertigen Gütern stehen fast unbegrenzte Möglichkeiten gegenüber. In enger Verbindung damit, begegnet dem Bürger der neuen Länder eine nicht gekannte Werbeoffensive. Im Westen haben sich die Techniken der Werbeindustrie und dazu die

Fähigkeit der Menschen zum Umgang mit der Werbung parallel entwickelt. Die Bürger in den neuen Bundesländern sind hingegen quasi über Nacht mit einer Vielfalt von Alternativen und deren vielfältiger Bewertung, und damit einem overload an Informationen konfrontiert. Zudem werden ihnen von außen (noch vor der eigenen biographischen Prüfung von Prioritäten und Bedürfnissen), hochbewertete Standards der Lebensführung nahegelegt. Dies könnte in den neuen Bundesländern eine kulturelle Orientierungssituation erzeugt haben, die zwischen Unsicherheit und Verlangen aufgespannt ist.

Große Teile der Bevölkerung der ehemaligen DDR waren damit abrupt in die Situation des "objektiven Zwangs zur Selbstbestimmung" gebracht. In dem Maße wie Verbrauchsgewohnheiten erlebte Fragmentierungen und Brüche in der Lebensführung kompensieren helfen, wäre es wichtig zu analysieren, mit welchen Verbrauchsgewohnheiten der westliche Lebensstandard in den neuen Bundesländern angeeignet wird. Welche Gruppen, bei ähnlicher Haushaltslage, haben Schwierigkeiten diesen Anschluß an westliche Konsumgewohnheiten herzustellen und verbleiben somit in einer gravierenden Identitätskrise mit Folgen für ihr weiteres politisches und soziales Verhalten? Mit dieser Fragestellung müssen und können die sozio-ökonomischen Analysen der Armutskrise erweitert werden.

Desweiteren wäre zu untersuchen, wie sich der mit der Eingliederung aller verbundenen Bevölkerungsgruppen berührte Individualisierungsprozeß sich entfaltet. Hierzu müßte zunächst betrachtet werden, ob sich die Verbrauchsgewohnheiten in der sozialistischen Gesellschaft strukturell, d. h. in der Verteilung der Konsumstile, von den westlichen Verbrauchsmustern unterschieden haben. Gab es in der DDR eine analoge Differenzierung zwischen maintenance-, home life-, visible success- und high-life-Konsum, nur mit anderen, insgesamt niedriger bewerteten Gütern?

Daran anschließend wäre dann die Frage zu untersuchen, wie sich das "sozialistische" Konsummuster in ein postindustrielles Konsumverhalten umwandelt. Vollzieht die Bevölkerung eine Verschiebung von home life- zu high life-Konsum und von maintenance- zu visible success-Konsum in ähnlicher Weise, wie sie vermutlich im Westen beobachtet werden konnte, nur in viel kürzerer Zeit? Welche Lösungen werden dabei aber aus dem Zwang zur Selbstorganisation und für die damit verbundene Identitätskrise gefunden? Gibt es Haushalte, die dem postindustriellen Konsumdruck "erliegen" und ihre Ausgaben wesentlich auf high life und erlebnisorientierte Güter richten? Welche der anderen Verbrauchsbereiche werden dabei reduziert? Dabei ergeben sich familienrelevante Aspekte. Es wäre z. B. zu analysieren, inwieweit Familien mit Vorschul- und Schulkindern eine Balance zwischen den Konsumarten finden oder aber die Konsumchancen hauptsächlich bei Gütern mit Erlebniswert nutzen und Güter der Haushaltsführung eher zurückzustellen.

In Ergänzung zu diesen Aspekten kann gefragt werden, wie der große Nachholbedarf bewältigt wird. Führt die Knappheitserfahrung dazu, daß zumindest in einer Übergangszeit Luxusgüter - im oben definierten Sinne - gekauft werden? Es wäre wichtig zu wissen, welche Haushalte ihren Konsum in dieser Weise ausrichten und wie lange sie dies tun, da daraus Folgen für spätere ökonomische Krisen in den Haushalten abgeschätzt werden können. Möglicherweise werden aber auch Verbrauchsgewohnheiten, die sich in einer Mangelwirtschaft mit minderwertigen Produkten gebildet haben, z. T. und gerade unter den Randbedingungen der Wirtschaftskrise, beibehalten. Welche Haushalte entscheiden sich auch nach dem Umbruch eher für minderwertige als für hochwertige Güter? Sind dies nur die armen Haushalte oder auch Bevölkerungsgruppen, die noch DDR-orientiert sind und instabile Identität und Bezugsgruppenzugehörigkeiten aufweisen.

Gerade bei diesen Fragen des Konsumverhaltens ist es richtig nach Haushaltsstrukturen zu unterscheiden, wobei ihrer kleinräumlichen Verortung ausschlaggebende Bedeutung zukommt.(Bertram/Dannebeck 1990). Der Zusammenhang von Haushaltsform und Konsum ist angewiesen auf regional spezifisch entwickelte Wohnungs-, Arbeits- und Freizeitmärkte. Es wird deshalb bei der Ausarbeitung der einzelnen Fragestellungen zu prüfen sein, in welcher Weise der kleinräumliche Kontext als wichtige Randbedingung für Einkommensarmut, Ausstattungsdefizite und Konsumgewohnheiten gelten kann.

5. Zusammenfassung und Ausblick

Mit der Auflösung des DDR-Staates und der Eingliederung seiner Bevölkerung in fünf neue Bundesländer bieten sich der Sozialwissenschaft einzigartige Forschungschancen zu Fragen des sozialen Wandels. Daten der amtlichen Statistik aus den Erhebungen der EVS und des Haushaltsbudgets ergeben in diesem Zusammenhang und aus der einzigartigen historischen Gelegenheit, daß ein paralleles Erhebungsprogramm der DDR befristet im vereinigten Deutschland weitergeführt wird, ein besonderes Forschungspotential.

Mit den Einzeldaten dieser Erhebungen kann der Integrationsprozeß einerseits in der Phase der ökonomischen Anpassungskrise und den damit für die Haushalte verbundenen Verarmungsgefahren empirisch analysiert werden. Andererseits bieten diese Daten durch ihre höchst detaillierte Erfassung des Verbrauchsverhaltens Gelegenheit, spezifische Aspekte der Individualisierung der Lebensführung, quasi in statu nascendi zu beobachten und damit besser zu verstehen. Dabei kann das Verständnis dieses mit Einstellungsdaten hinreichend beschriebenen sozio-kulturellen Wandels durch Analysen von Verbrauchsgewohnheiten vertieft werden.

Es muß zum Abschluß jedoch nochmals hervorgehoben werden, daß dieses Forschungspotential relativ eng begrenzt ist, weil die betreffenden Erhebungsprogramme kaum Merkmale der sozialen Lage der Haushalte und ihrer Mitglieder erfaßt haben. Hierfür bietet der Mikrozensus bessere Möglichkeiten. In Verbindung mit der oben beschriebenen Einkommensstichprobe 1988, dem Mikrozensus 1989 und den Mikrozensus im vereinten Deutschland (erstmalig 1991) wird eine Datenbasis gegeben sein, die mit zeitlich und regional vergleichenden Analysen, wesentliche Beiträge zur soziostrukturellen Integration der neuen Bundesländer, vor dem Hintergrund der Pluralisierungsdiskussion ermöglichen wird.

Literatur

K. Belwe, 1991, "Zur Beschäftigungssituation in den neuen Bundesländern". In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1991.

H. Bertram/C. Dannenbeck, 1990, "Pluralisierung von Lebenslagen und Individualisierung von Lebensführungen. Zur Theorie und Empirie regionaler Disparitäten in der Bundesrepublik Deutschland". In: P.A.Berger/S.Hradil (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen: Schwartz.

K. H. Hörning/M. Michailow, "Lebensstil als Vergesellschaftungsform - Zum Wandel von Sozialstruktur und sozialer Integration". In: P. A. Berger/S. Hradil (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen: Schwartz 1990.

K.-H. Hartig, 1990, Übersicht über die Datenbasis der amtlichen Statistik der ehemaligen DDR zu ausgewählten Kennziffernkomplexen aus der Sicht der sozialwissenschaftlichen Analyse und Forschung, Mannheim, unveröffentlichtes Manuskript.

F.-X. Kaufmann, 1990, "Zukunft der Familie". In: "Zukunft der Familie". C.H. Beck. München 1990.

Lübbe, 1990, "Krisen über Krisen: Was hat nichtsdestoweniger die moderne Zivilisation historisch sich durchsetzen lassen, Manuskript.

H. Lüdtke, "Lebensstile als Dimension handlungsproduzierter Ungleichheit". In: P.A. Berger/S. Hradil (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen: Schwartz 1990.

W. Müller/U. Blien/P. Knoche/H. Wirth, 1991, Die faktische Anonymität von Mikrodaten. Band 19 der Schriftenreihe Forum der Bundesstatistik. Metzler-Poeschel, Stuttgart.

H.-H. Noll, 1990, Lebensbedingungen in der DDR - Eine Bestandsaufnahme, in: F.A.Z. 22.8.1990.

H.-H. Noll/R. Habich, 1990, Individuelle Wohlfahrt: Vertikale Ungleichheit oder horizontale Disparitäten? In: P.A.Berger/S.Hradil (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen: Schwartz 1990.

G. Schulze, "Die Transformation sozialer Milieus in der Bundesrepublik Deutschland". In: P.A. Berger/S. Hradil (Hrsg.): Lebenslagen, Lebensläufe, Lebensstile. Göttingen: Schwarz. 1990.

M.E. Sobel, 1981, Lifestyle and Social Structure. New York.

W. Zapf u.a. 1987, Individualisierung und Sicherheit. Untersuchungen zur Lebensqualität in der Bundesrepublik Deutschland. München.

Anhang

Haushaltsbudget mit Mengenanschreibung und Lebensmittelverlusten 1989	Haushaltsbudget mit Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen 1988	Einkommensstichprobe 1988	Einkommens- und verbrauchsstichprobe 1983 - Variante A (Schwerpunkt: Verbrauch)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 Variante B (Schwerpunkt: Einkommen)
Haushaltsstrukturelle Merkmale	Haushaltsstrukturelle Merkmale	Haushaltsstrukturelle Merkmale	Haushaltsstrukturelle Merkmale	Haushaltsstrukturelle Merkmale
1. Zahl der Personen im Haushalt	dto.	Angaben für alle Haushaltsmitglieder	Angaben für die 1.-6. Person (bei max. 12 Personen im Haushalt, z. Zeitpunkt der Erfassung der Nahrungs- und Genußmittel)	Angaben für die 1.-6. Person
2. Zahl der Erwachsenen	Angaben für alle Haushaltsmitglieder	1. Stellung zum HEB (Ehepartner, Kind, übrige)	1. Geburtsjahr	1. Geburtsjahr
3. Zahl der erwachsenen Frauen	1. Geburtsjahr	2. Geschlecht	2. Geschlecht	2. Geschlecht
4. Zahl der Erwachsenen im arbeitsfähigen Alter	2. Geschlecht (1= Ehemann, 2= Ehefrau, 3= übrige männlich, 4= übrige weiblich)	3. Geburtsdatum	3. Stellung im Haushalt (Bezugsperson, Ehegatte der BP, Kinder der BP, sonstige Personen)	3. Stellung im Haushalt (Bezugsperson, Ehegatte der BP, Kinder der BP, sonstige Personen)
5. Erwachsenen Frauen im arbeitsfähigen Alter	3. soziale Stellung (Arbeit/Angestellter, sonstige Berufstätigkeit, Rentner o. AE, Lehrling, Fachschulstudent, Hochschulstudent, Hausfrau, Schüler, Kind bis Schuleintritt)	4. Familienstand	4. Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden, dauernd getrennt lebend)	4. Familienstand (ledig, verheiratet, verwitwet, geschieden, dauernd getrennt lebend)
6. Erwachsene im Rentenalter	4. abgeschlossene Berufsausbildung (Facharbeiter, Meister, Fachschul-, Hochschulabschluß)	5. Heiratsjahr	5. Stellung im Beruf (Landwirt, Selbstst., Beamter, Angest., Arbeiter, Arbeitslos, Nichterwerbstätig, Mithelfend)	5. Stellung im Beruf (Landwirt, Selbstst., Beamter, Angest., Arbeiter, Arbeitslos, Nichterwerbstätig, Mithelfend)
7. Zahl der Kinder insg.	5. Bildungsabschluß (8. Klasse, 10. Klasse, Abitur)	6. soziale Stellung (Arbeiter=1, Angestellter=2, LPG-Mitglied=3, Übriges Gen.-Mitglied =4, Selbständiger=5, Lehrling=6, Direktstudent=7, nichtberufstätiger Rentner=8, Mütter mit Freistellung (Babyjahr)=9, übrige Personen ohne Einkommen=0)	6. gesetzliche Rentenversicherung	6. gesetzliche Rentenversicherung
8. Kinder unter 3 Jahren	6. Schulbesuch (POS, EOS, Sonderschule)	7. Abgeschlossene Berufsausbildung (ohne Abschluß=1, Facharbeiter=2, Meister=3, Fachschulabschluß=4, Hochschulabschluß=5)	7. Krankenversicherung (gesetzl., selbst., mitversichert)	7. Krankenversicherung (gesetzl., selbst., mitversichert)
9. Kinder zwischen 3 und 5 Jahren	7. Kinderbetreuung (Kinderkrippe, - garten, Hort)	8. gegenwärtige Aus- u. Weiterbildung (ohne=0, Fernstudium u.a. Aus- u. Weiterbildung an Hoch- . Fachschulen=1, Erwachsenenqualifizierung in betriebl. Einrichtungen=2, Lehrgänge an Volkshochschulen=3)	Für den Haushalt bzw. BP	Für den Haushalt bzw. BP
10. Kinder zwischen 6 und 9 Jahren	Anmerkung: 1. Haushaltsmitglied = Haupteinkommensbezieher (HEB)	9. Berufstätigkeit (voll, teilzeit, nicht berufstätig)	1. Heiratsjahr	1. Geburtsjahr
11. Kinder zw. 10 und 16 Jahren		10. Wirtschaftsbereich	2. Heiratsalter	2. Geschlecht
12. Zahl der Arbeitseinkommensbezieher o. Rentner		11. Tätigkeit	3. Ehedauer	3. Stellung innerhalb des Haushalts
13. dto. Arbeiter/Angestellte			4. Wohnquartier bei Wohngemeinde > 100 T Einwohner (Ein- und Zweifamilien-, Mehrfamilienhaus, Geschäft, Fabriken)	4. Familienstand
14. dto. weibliche Arbeiter/Angestellte			5. Entfernung der nächsten Stadt über 100 T Einwohner	5. Stellung im Beruf
15. dto. mitarbeitende LPG-Mitglieder			6. Gemeindegrößenklasse	6. gesetzl. Rentenversicherung
16. diess. im pers. Haushalt tätig				7. Krankenversicherung
17. diess. Frauen im pers. Haushalt tätig				aus Jahresrechnung dto.
				aus Schlußinterview
				1. Änderung der Haushaltszusammensetzung zum

Haushaltsbudget mit Mengenanschreibung und Lebensmittelverlusten 1989	Haushaltsbudget mit Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen 1988	Einkommensstichprobe 1988	Einkommens- und verbrauchsstichprobe 1983 - Variante A (Schwerpunkt: Verbrauch)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 Variante B (Schwerpunkt: Einkommen)
		12. Schichtarbeit (ja, nein)	7. Haushaltstyp	Grundinterview 2. Gebäudebedarf (1 Wohnung, 2 Wohnungen, 3 u. m.) 3. Baujahr des Gebäudes 4. Besitzverhältnis (Eigentümer, Hauptmieter, Untermieter) 5. Wohnfläche 6. Zahl der Räume 7. Untervermietung 8. Bad, Dusche 9. Toilette 10. Heizungsart 11. Warmwasserversorgung 12. Garten vorhanden 13. Miete (Höhe) 14. Landwirtschaft 15. Fläche in Hektar 16. Anzahl Beschäftigte in LW 17. Heiratsjahr 18. Heiratsalter 19. Ehedauer 20. Wohngemeinde über 100 T 21. Typus Wohnquartier 22. Entfernung zu Stadt über 100 T 23. Gemeindegrößenklasse 24. Zahl d. Kinder der BP 25. Zahl d. Erwerbstätigen 26. Immobilieneigentümer
18. Zahl der übrigen Einkommensbezieher				1.
19. Lehrlinge				
20. Rentenbezieher insgesamt				
21. davon: mit Arbeitseinkommen				

Haushaltsbudget mit Mengenanschreibung und Lebensmittelverlusten 1989	Haushaltsbudget mit Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen 1988	Einkommensstichprobe 1988	Einkommens- und verbrauchsstichprobe 1983 - Variante A (Schwerpunkt: Verbrauch)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 Variante B (Schwerpunkt: Einkommen)
--	---	---------------------------	---	---

-
- 22. darunter: weiblich
 - 23. ohne Arbeitseinkommen
 - 24. darunter: weiblich
 - 25. übrige Personen im Haushalt
 - 26. davon: Erwachsene
 - 27. darunter: Studenten
 - 28. Kinder
 - 29. Gemeindegrößengruppe
 - 30. Gründungsjahr des Haushalts
 - 31. Junge Ehe (beide Ehepartner unter 30)
 - 32. Tätigkeit des HEB in LPG-Haushalten
(Leitung, Verwaltung, Tierproduktion,
Pflanzen, Sonstiges)

Sozio-demografische Merkmale

Sozio-demografische Merkmale

- 1. Altersgruppe des HEB (18-29, 30-44,
45-54, 55-60, unter Rentenalter,
Rentenalter)
- 2. Altersgruppe des Ehepartners
- 3. Berufstätigkeit von
Ehefrau/Lebensgefährten (Voll-,
Teilzeit über 30 Std/Woche, Teilzeit
bis 30 Std/Woche, nicht berufstätig)
- 4. Gemeindegrößengruppe (unter
2000=1, 2000 bis unter 5000=2, 5000
bis unter 20 000=3, 20 000 bis unter
100 000=4, 100 000 und darüber =5)
- 5. Bezirk
- 6. Bevölkerungsgruppe nach beruflicher
Stellung des HEB (Arbeiter,
Angestellter, LPG-Mitglied,
Produktionsarbeiter, berufstätige
Rentner/Arbeiter, berufstätige
Rentner/Angestellte, berufstätige
Rentner/LPG-Mitglieder, Rentner
ohne Arbeitseinkommen)

1. dto.

2. dto.

3. dto.

Haushaltsbudget mit Mengenanschiebung und Lebensmittelverlusten 1989	Haushaltsbudget mit Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen 1988	Einkommensstichprobe 1988	Einkommens- und verbrauchsstichprobe 1983 - Variante A (Schwerpunkt: Verbrauch)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 Variante B (Schwerpunkt: Einkommen)
7. Monat der Erhebung				
8. Haushalts-Nr.				
	4. dto.			
	5. dto.			
	6. Haushaltsnettoeinkommensgruppe			
Ausstattung des Haushalts	Ausstattung des Haushalts	Ausstattung des Haushalts	Ausstattung des Haushalts	Ausstattung des Haushaltes
1. - 8. Zahl der Tiere (Rinder, Kühe, Schweine, Ziegen, Geflügel-, Legehennen)	dto.	1. Jahr der Anschaffung	1. Art des gehaltenen Kleinviehs	1. Anzahl ausgewählter Gebrauchsgegenstände
2. Zahl der elektrischen Waschmasch.		2. Waschmaschine, einfach o. automatisch		2. Anschaffungsjahr
3. Zahl der Waschvoll- und Halbautomaten		3. Kühlschrank		3. Preiskategorie
4. Zahl der Kühlschränke		4. Gefrierschrank		
5. Zahl der Gefrierschränke/Kühltruhe		5. s/w-Fernseher		
6. Zahl der s/w-Fernseher		6. Farbfernseher		
7. Zahl der Farbfernseher		7. PKW		
8. Zahl der Radios		8. Radio/Kombination		
9. Zahl der Pkws		9. Plattenspieler		
10. Staubsauger		10. Tonbandgerät		
11. Garten		11. Radiorecorder		
12. Wochenendgrundstück		12. Garten/Grundstück ohne Laube/Bungalow	2. Fläche des Nutzgarten	
Geldeinnahmen in Beträgen	Geldeinnahmen in Beträgen	Geldeinnahmen in Beträgen (im August 1988 je Haushaltsmitglied)	Geldeinnahmen In Beträgen	Geldeinnahmen
1. Nettolohn inkl. Lohn- und Sonderzuschlägen (bei Arbeitern und Angestellten)		1. Bruttolohn	1. errechnetes monatl. Haushaltseinkommen auf der Basis der Jahresrechnung	1. regelm. Einkommen aus Haus- u. Grundbesitz, brutto, ja-nein
2. Prämien und Jahresendprämien (bei Arbeitern und Angest.)		2. SV-Pflichtbeitrag	2. Bruttoeinkommen aus selbst. Arbeit	2. ausgezahlte Sparbücher
3. Vorschüsse für AC und Prämien (bei LPG-Mitgliedern)		3. Lohnsteuer	3. Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit	3. ausgezahlte Beiträge für Konsumzwecke verwendet
		4. Nettolohn/Gehalt (inkl. Lohn- u. Sonderzuschlägen)	4. Einnahmen aus Vermögen	4. aus Zinsen
		5. Prämien aus Arbeitsverhältnis	5. Einnahmen aus Vermögen	5. Höhe der Zinseinnahmen
		6. Neuvergütung		6. Kredite 1983 aufgenommen

Haushaltsbudget mit Mengenanschreibung und Lebensmittelverlusten 1989	Haushaltsbudget mit Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen 1988	Einkommensstichprobe 1988	Einkommens- und verbrauchsstichprobe 1983 - Variante A (Schwerpunkt: Verbrauch)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 Variante B (Schwerpunkt: Einkommen)
4. Jahresendauszahlungen (bei LPG-Mitgliedern)	7. Übriges Arbeitseinkommen (Netto)	6. Einnahmen aus Krankengeld und Versicherung	7. wofür Kredit verwendet (Auto, Möbel, sonst. Anschaffung, Urlaubsreise, Sonstiges)	
5. Nettoarbeitseinkommen, Prämien, Honorare u.ä.	8. Krankengeld	7. Unfallversicherung	8. Selbsteinstufung monatl. Haushaltseinkommen	
6. Altenrente	9. Lehrlingsentgelt	8. Rente d. gesetzl. Rentenvers.	9. 167 Einkommensarten u. Höhe	
7. Witwen, Inval.- und Unfallrente und Renten aus freiw. Zusatzversorgung	10. Stipendium	9. von Gebietskörperschaften (Bafög, Kindergeld, Arbeitslosenhilfe, Wohngeld, Sozialhilfe)		
8. Lehrlingsentgelt netto	11. Rente (ohne Waisenrente)	10. Arbeitslosengeld		
9. Stipendium	12. Schwangerschafts- u. Wochengeld	11. Kurzarbeiter, Schlechtwettergeld		
10. Krankengeld staatl.	13. Mütterunterstützung für bezahlte Freistellung (Babyjahr) u. bei fehlendem Krippenplatz bei Erkrankung der Kinder	12. Berufsausbildungsbeihilfe		
11. Kindergeld staatl.	14. Jahresendprämien 1987	13. Unterhaltsgeld		
12. Erziehungsbeihilfen für Schüler	Zusätzliche Belohnung aufgrund langjähriger Betriebszugehörigkeit, zusätzl. Vergütung n der Volksbildung, im Gesundheits- u. Sozialwesen u.a. Bereichen 1988 bzw. 1987	14. laufend von anderen priv. Haushalten		
13. Ausfüllerentschädigung		15. aus Warenverkauf, gebrauchte Ware		
14. Abhebungen von Spar- und sonstigen Konten aller Art		16. Auflösung von Sachvermögen		
15. Zinsen		17. Auflösung von Geldvermögen		
16. Aufnahme von Krediten		18. Kreditaufnahme		
17. Verkauf von Sekundärrohstoffen	Geldeinnahmen des Haushalts 8/88	19. Haushaltsbruttoeinkommen		
18. Verkauf von Gebrauchsgütern		20. Haushaltsnettoeinkommen		
19. Untermiete, Alimente u.a.	1. Staatliches Kindergeld	21. Wert des Eigenverbrauchs aus Kleinviehhaltung		
Abzüge	2. Geburtenhilfe	22. Art der Erzeugnisse in Nutzgarten		
1. Lohnsteuer (Arb., Angest.)	3. Ausbildungsbeihilfen für Schüler der EOS	Abzüge		
2. Lohnsteuer übrige Beschäftigte	4. Sonstige staatl. Zuwendungen wie z.B. Ehegattenzuschlag, Waisen u. Halbwaisenrente, Sozialfürsorgeunterstützung, Mietzuschuß u.a.	1. Sozialversicherung		
3. SV-Pflichtbeiträge der A/A		2. Lohn/Einkommens-, Kirchensteuer		
4. SV-Pflichtbeiträge der LPG		3. Vermögenssteuer		
5. SV-Pflichtbeiträge der übrigen		4. Ersparnis		
6. Verkauf von Eiern		5. Ausgaben u. Einnahmen in Betrag		
7. Verkauf von Schlachtgeflügel				
8. Verkauf von Erträgen aus persönl. Wirtschaft bzw. von LPG/VEG erhaltenen Produkten, gesamt	5. Geldeinnahmen aus betrieblichen Fonds wie z.B. Ablösung, Tage- u. Wegegelder, Trennungs- u. Aufwandsentschädigung, Umzugskostenvergütung u.a.			
Anmerkung: Stimmt nur z.T. mit Gliederung der Geldeinnahmen 1986 überein (jene ist differenzierter), es gibt möglicherweise Differenzen zw.	6. Zuwendungen der FDBG bei längerer Krankheit, Unterstützung			

Haushaltsbudget mit Mengenanschreibung und Lebensmittelverlusten 1989	Haushaltsbudget mit Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen 1988	Einkommensstichprobe 1988	Einkommens- und verbrauchsstichprobe 1983 - Variante A (Schwerpunkt: Verbrauch)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 Variante B (Schwerpunkt: Einkommen)
Haushaltsbudget mit und ohne Mengenschreibungen		von Veteranen, sonstige gesellschaftliche Zuwendungen wie z.B. von der Volkssolidarität u.a.		
28. Bargeldbestand am Monatsanfang		7. Geldeinnahmen aus Unterhaltszahlungen für Kinder 8. Geldeinnahmen aus Gartenbau und Kleintierhaltung 9. Übrige Geldeinnahmen aus Mieten u. Pachten, aus Verkauf von Sekundärrohstoffen, Versicherung u. Lotterien,, Trinkgelder u.a. 10. Zinsen aus Sparkonten und anderen Konten für 1987 11. Auszahlung von Lebensversicherungen 1988 12. Konsumrückvergütung 1987		
Geldausgaben	Geldausgaben, Verbrauch	Geldausgaben, Verbrauch	Geldausgaben, Verbrauch	Geldausgaben
1. Nahrungsmittel (auch in Werkküchen, Gaststätten, Imbißständen)	1. Werkküchenessen, Tage		(auf der Basis d. Feinanschreibung)	1. laufende Kosten der Immobilien
2. Genußmittel	2. Werkküchenessen, Monatsbetrag		1. Geldausgaben für Nahrungsmittel	2. Höhe von Tilgung ja, nein
3. Schuhe, Täschner, Feinsattlerwaren	3. Schulessen, Tage		2. für Genußmittel	3. Höhe Zinsen
4. sonstige Industriewaren	4. Schulessen, kostenlos		3. Zahl der Hauptmahlzeiten außer Haus nach Typ (Kantine, Imbiß, sonst. Restaurant, Schule)	Verbrauch (Jahreswerte)
5. Bezahlte Leistungen	5. Trinkmilch, Tage		4. Personen mit Hauptmahlzeiten außer Haus	1. Nahrungs- und Genußmittel
Mengenangaben	6. Trinkmilch, kostenlos		5. Ausgaben für Hauptmahlzeiten außer Haus (Typen wie oben)	2. Kleidung
1. Nahrungsmittel (auch in Werkküchen, Gaststätten, Imbißständen)			6. am n'ten Tag des Monats gekauft, nicht gekauft	3. Wohnungsmiete
2. Genußmittel			7. Feinanschreibungsmonat	4. Energie
3. Schuhe, Täschner, Feinsattlerwaren			auf d. Basis d. Jahresrechnung (in Monatswerten)	5. Möbel etc. für Haushaltsführung Geräte
4. sonstige Industriewaren			1. Nahrungsmittel	6. Gesundheits- u. Körperpflege
5. Bezahlte Leistungen			2. Genußmittel	7. Verkehr, Nachrichten
1. Eigenverbrauch aus persönl. Wirtschaft, Kleintierhaltung				8. Bildung, Unterhaltung, Freizeit
2. Geldausgaben für persönl. Wirtschaft, Kleingarten, Kleintierhaltung				9. Uhren, Schmuck u. sonstiges
				10. privater Verbrauch
				11. sonst. Ausgaben
				Ersparnis

Haushaltsbudget mit Mengenanschreibung und Lebensmittelverlusten 1989	Haushaltsbudget mit Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen 1988	Einkommensstichprobe 1988	Einkommens- und verbrauchsstichprobe 1983 - Variante A (Schwerpunkt: Verbrauch)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 Variante B (Schwerpunkt: Einkommen)
<p>3. erzeugte Menge für Tierfütterung</p> <p>1. Steuern</p> <p>2. Versicherungen</p> <p>3. Beiträge, Spenden</p> <p>4. Verwaltungsgebühren</p> <p>5. Lotto, Toto, Wetten</p> <p>6. Einzahlungen auf Sparkonten</p> <p>7. Rückzahlung von Darlehen</p> <p>8. Abzahlungsraten</p> <p>9. Unterhaltszahlungen</p> <p>10. Taschengeld</p> <p>11. Geldgeschenke</p> <p>12. Grundsteuer</p> <p>13. Bargeldbestand</p> <p>Lebensmittelverluste, Mengen; Verderb und Wegwerfen von</p> <p>1. Kartoffeln</p> <p>2. Gemüse</p> <p>3. Obst</p> <p>4. Reis, Haferflocken</p> <p>5. Weißbrot, -brötchen</p> <p>6. Roggen, Mischbrot</p> <p>7. Konditorei-Erzeugnisse</p> <p>8. Fleisch</p> <p>9. Wurst</p> <p>10. Fisch</p> <p>11. Milch, Joghurt</p> <p>12. Käse, Quark</p> <p>13. Eier</p> <p>14. Butter, Margarine</p>			<p>3. Mahlzeiten außer Haus</p> <p>4. Nahrungs- und Genußmittel: Menge u. Wert je Kauftag im Monat</p> <p>Geldausgaben, monetäre Verpflichtungen</p> <p>1. Beiträge zur gesetzl. Rentenvers.</p> <p>2. Beiträge zur gesetzl. Krankenvers.</p> <p>3. Beiträge zur privaten Krankenvers.</p> <p>4. Versicherungen, Rechtsschutz</p> <p>5. Kfz-Steuer</p> <p>6. Käufe von Immobilien</p> <p>7. Instandsetzung von Immobilien</p> <p>8. Aktienkäufe</p> <p>9. Anteile</p> <p>10. Bausparverträge</p> <p>11. Sparbücher</p> <p>12. Lebensversicherung</p> <p>13. Ausleihen von Geld an Dritte</p> <p>14. Rückzahlungen von Krediten</p> <p>15. Zinsen für Darlehen</p> <p>Sonderhebungen kulturell-soziale Aktivitäten</p> <p>1. Ausgaben für Übernachtungen in Hotels mit 5 Tagen und mehr Dauer (getrennt nach Frühstück, Halbpension, Vollpension)</p> <p>2. Übernachtungen in Hotels mit weniger als 5 Tagen</p> <p>3. Übernachtungen in Ferienheimen u. Wohnungen</p> <p>4. Pauschalreisen 5 Tage und mehr (mit Halbpension, mit Vollpension)</p> <p>5. Pauschalreisen weniger als 5 Tage</p>	

Haushaltsbudget mit Mengenanschreibung und Lebensmittelverlusten 1989	Haushaltsbudget mit Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen 1988	Einkommensstichprobe 1988	Einkommens- und verbrauchsstichprobe 1983 - Variante A (Schwerpunkt: Verbrauch)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 Variante B (Schwerpunkt: Einkommen)
--	---	---------------------------	---	---

Mengen der Tierverfütterung (wie oben)

kulturell-soziale Leistungen

Zahl pro Haushaltsmitglied

1. Arztbesuche in staatl. Einrichtungen
2. Arztbesuche in betriebl.
Einrichtungen
3. Zahnarztb. in staatl. Einrichtungen
4. Zahnarztb. in betriebl. Einrichtungen
5. Laboruntersuch., Impfen in betriebl.
Einrichtungen
6. Impfen in staatl. Einrichtungen
7. Laboruntersuch., Impfen in betriebl.
Einr.
8. eingelöste Rezepte für Arzneimittel
9. eingelöste Rezepte für Hilfsmittel
10. Kino
11. Theater
12. Konzert
13. Museum, Ausstellung
14. Kultur, Klubhäuser, staatl. o.
betriebl.
15. Zoo, Tiergarten
16. Zirkus
17. sonstige Kulturveranstaltungen
18. Ausgeliehene Bücher
19. Zahl der Tage in organisierten sportl.
Betätigungen
20. Zahl der besuchten
Sportveranstaltungen
21. Tage Urlaubsanspruch pro Jahr
22. Zahl der Ausflüge und Kurzreisen,
mit Übernachtung u. ohne
Übernachtung
23. Inlandreisen
24. Art der Inlandreisen (FDGB-

Haushaltsbudget mit Mengenanschreibung und Lebensmittelverlusten 1989	Haushaltsbudget mit Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen 1988	Einkommensstichprobe 1988	Einkommens- und verbrauchsstichprobe 1983 - Variante A (Schwerpunkt: Verbrauch)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 Variante B (Schwerpunkt: Einkommen)
	Reise=1, Reisebüro-Reise=2, Jugendtourist-Reise=3, Camping=4, Jugendherberge=5, Ferienspiel=6, Betriebskinderferienlager=7, Zentrales Pionierlager=8, Reise von der Ausbildungsstätte bzw.vom Betrieb=9, andere Reise =0)			
	25. Tageszahl			
	26. Auslandsreisen, Art (FDGB-Reise=1, Reisebüro-Reise=2, Jugendtourist- Reise=3, Reise von der Ausbildungsstätte bzw. Betrieb, andere Reise=5),			
				Vermögen (Werte)
				1. Einheitswert
				2. Hypothekenrestschuld
				3. Sparguthaben
				4. Wertpapiere
				5. Sparbriefe
				6. Pfandbriefe
				7. Staatsschuld-papiere
				8. Aktien
				9. Immobilienfonds
				10. Investmentfonds
				11. sonst. Wertpapiere
				12. Bausparguthaben
				13. sonst. Geldvermögen
				14. Restschuld ohne Hypothek
				15. Einheitswert der Immobilien
				16. Grundvermögen (gekauft, ererbt, sonst.)
				17. vorh Sparbücher. prämienbegünstigt?
				18. Höhe d. Spareinlagen

Haushaltsbudget mit Mengenanschreibung und Lebensmittelverlusten 1989	Haushaltsbudget mit Inanspruchnahme kulturell-sozialer Leistungen 1988	Einkommensstichprobe 1988	Einkommens- und verbrauchsstichprobe 1983 - Variante A (Schwerpunkt: Verbrauch)	Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1983 Variante B (Schwerpunkt: Einkommen)
				19. ausgezahlte Sparbücher wiedergespart od. Immobilienkauf 20. Wertpapiere bei Haushaltsmitgliedern 21. Wertpapierdepots 22. Wert d. Wertpapiere 23. laufende Bausparverträge 24. Bausparsummen 25. Bausparguthaben 26. Prämie beantragt 27. sonst. Geldvermögen 28. Haushaltsmitglied Unternehmer, Teilhaber, Eigentümer 29. Wert des Unternehmens 30. gibt es Lebens-, Sterbe-, Ausbildungsversicherung 31. Versicherungssumme